

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

14.11.1929 (No. 266)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 353
und 354
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amenb.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 11 Pf. für 1 cm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rücksendungen tarifierter Rabat, der als Kasierabatt gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antike Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontaktverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Prüfungen im Aufschießlag

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Aufschießlag finden statt: am Donnerstag, den 12. Dezember 1929, vormittags 8 Uhr, in der Aufschießlagsschule in Karlsruhe, am Samstag, den 14. Dezember 1929, vormittags 9 Uhr, in der Aufschießlagsschule in Mannheim, am Mittwoch, den 18. Dezember 1929, vormittags 1/2 9 Uhr, in der Aufschießlagsschule in Weiskirch, am Freitag, den 20. Dezember 1929, vormittags 8 Uhr, in der Aufschießlagsschule in Freiburg.

Zum Abschluß in Baden-Baden

Befriedigung in Berlin

M. Berlin, 14. Nov. (Priv.-Tel.) Das Organisationskomitee der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat nach sechswöchigem Arbeiten gestern abend in Baden-Baden mit der Unterzeichnung der verschiedenen Vertragswerke für die Organisation der Bank abgeschlossen, nachdem man auch mit Frankreich über die letzten strittigen Punkte des Treuhändervertrags zu einer Einigung gelangte. Sämtliche anwesenden Abordnungen unterzeichneten vorbehaltlos und einstimmig. Nur die Unterschriften der abwesenden Belgier fehlten. Die Schriftstücke werden jetzt dem Präsidenten der Haager Konferenz zugeleitet.

Der Abschluß der Verhandlungen wird in Berlin mit Befriedigung begrüßt, zumal es gelungen ist, die Bank vollständig von jedem politischen Einfluß zu befreien. Man hofft natürlich, daß bei der Bank die Amerikaner sich nicht nur mit Kapital, sondern auch mit Persönlichkeiten beteiligen. Die Ausschaltung der Politik ist zum Teil auch durch den Artikel 25 gegeben, wonach die Bank weder Noten drucken, noch den Regierungen Kredite einräumen oder Konten für sie führen darf.

Über die Persönlichkeit des künftigen Verwaltungsratspräsidenten ist noch nichts entschieden. In der ersten Sitzung des Verwaltungsrats, der ja aus den Notenbankpräsidenten besteht, wird der Alterspräsident den Vorsitz führen und dann die Wahl vorgenommen werden. Man hofft offenbar, einen Amerikaner dafür zu gewinnen. Schwierigkeiten werden nicht mehr befürchtet. Zwar hatte London früher mitgeteilt, daß es einen Gegenentwurf im Haag vorlegen werde, doch haben die englischen Delegierten in Baden-Baden dem Statut reslos zugestimmt. Ferner nimmt man auch den belgischen Protest gegen die Wahl Kafels nicht sehr tragisch, weil die Belgier vor ihrer Abreise ausdrücklich erklärten, daß sie dem Statut zustimmten.

Es wird notwendig sein, daß alle beteiligten Staaten Verträge mit der Schweiz abschließen, weil für die Bank das Schweizer Bankgesetz gilt. Es soll einmal verhindert werden, daß irgendeine einseitige Änderung an diesem Gesetz vorgenommen werden kann. Zu jeder Abänderung wäre dann die Zustimmung aller beteiligten Staaten, also auch Deutschlands, notwendig. Der Wert einer solchen Regelung liegt auf der Hand.

Das Statut der Internationalen Bank

Das gestern unterzeichnete Statut der Bank für internationalen Zahlungsausgleich wird heute veröffentlicht. Es umfaßt 60 Artikel. Aufgabe der Bank ist es danach, die Zusammenarbeit der Zentralbanken herbeizuführen, für Erleichterungen bei internationalen finanziellen Operationen Sorge zu tragen und als Treuhänder oder Beauftragter bei der Abwicklung des internationalen Zahlungsausgleichs zu wirken. Die Bank hat die deutschen Reparationsleistungen entgegenzunehmen und zu verteilen und die Kommerzialisierung und Mobilisierung bestimmter Annuitäten in die Wege zu leiten. Das Kapital der Bank ist auf 500 Millionen Schweizer Franken festgelegt. Der Verwaltungsrat der Bank soll aus zwei Direktoren der sieben beteiligten Länder und neun Direktoren der anderen Länder bestehen. Hierzu tritt je ein weiterer deutscher und französischer Direktor.

Morgan und Kellogg auf der Reise nach Europa

W.B. Paris, 14. Nov. (Tel.) Wie „New York Herald“ berichtet, hat Pierpont Morgan sich gestern nach Europa eingeschifft. Er hat es abgelehnt, irgendeine Erklärung über den Zweck seiner Reise zu geben. Mit dem gleichen Schiff reist der ehemalige Staatssekretär Kellogg nach Europa.

W.B. Bagdad, 14. Nov. (Tel.) Der Premierminister des Irak, Sir Abdul Kadhun, wurde gestern abend erschossen aufgefunden. Er hatte während eines Familientrates die Waffe gegen sich selbst gerichtet.

Letzte Nachrichten

Vor der Zweiten Haager Konferenz

Die deutsche Abordnung

M. Berlin, 14. Nov. (Priv.-Tel.) Bevor die deutsche Abordnung für den Haag zusammengeführt wird, werden noch einige Vorkfragen geklärt werden müssen. Es steht fest, daß die Reichsminister Dr. Hilferding und Dr. Curtius auf der Konferenz erscheinen werden. Dagegen legt der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Moldenhauer nicht so großen Wert darauf, zumal er sich erst in die Aufgaben seines Ressorts einarbeiten muß, während Dr. Wirth seine Beteiligung unter allen Umständen verlangt, obwohl nach Auffassung anderer Minister die Befragungsfragen durch das Abkommen bereits endgültig geregelt sind. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat gewünscht, daß er diesmal als Hauptdelegierter nach dem Haag gehe, da es sich in erster Linie dort um Bankfragen handele. Dagegen besteht nur das eine Bedenken, daß nach dem bisherigen Brauch die Hauptdelegierten parlamentarisch verantwortlich waren, was bei ihm nicht der Fall ist.

Der Termin der Konferenz

W.B. Paris, 14. Nov. (Tel.) In der Unterredung, die Vorkonferenz v. Hösli gestern mit Ministerpräsident Tardieu hatte, erklärt „Matin“, mitteilen zu können, daß Tardieu ebenso wie feinerzeit Briand, dem diplomatischen Vertreter Deutschlands die Befriedigung gegeben habe, daß die französische Regierung ihr Möglichstes tun wolle, um in den ersten sechs Monaten des Jahres 1930 die vollständige Räumung der dritten Zone durchzuführen. Um diese jedoch zu verwirklichen, so fährt das Blatt fort, müßten der gute Wille Frankreichs und der gute Wille Deutschlands einander entsprechen. Wenn die Verhandlungen sich unangenehm abwickeln, könnten die zur Inangriffsetzung des Youngplans erforderlichen Bedingungen am 1. März ergibt und geregelt sein.

Unter diesen Umständen glaubt „Echo de Paris“ anfindigen zu können, daß die französische Regierung den Wunsch habe, daß die zweite Haager Konferenz sobald wie möglich zusammentrete, und daß, selbst wenn das Abkommen erst im Februar unterzeichnet würde, die Räumung des Rheinlandes am 30. Juni 1930 eine vollendete Tatsache sein würde, falls die Inkraftsetzung des Youngplans ohne Verzögerung erfolge.

„Petit Parisien“ meint dagegen, es wäre besser, das Ergebnis der Volksabstimmung abzuwarten, ehe man sich nach dem Haag begeben. Unter diesen Umständen erredet das Blatt als frühesten Termin für den Beginn der Konferenz den 10. Januar.

W.B. Paris, 14. Nov. (Tel.) Nach dem „Echo de Paris“ soll Ministerpräsident Tardieu die Absicht haben, selbst sowohl an der zweiten Haager Konferenz wie auch an der Ererbühnungskonferenz in London teilzunehmen.

Der Fall Lampel

Angeständnis der Beteiligung am Gememoro

W.B. Breslau, 14. Nov. (Tel.) In der Strafsache gegen Lampel und Genossen wurden gestern nachmittag die angeschuldigten Lampel, Schweininger und v. Beulwitz dem Hauptbelastungszeugen sowie einem vierten Angeschuldigten, gegen den das Verfahren voraussichtlich eingestellt werden wird, erneut gegenübergestellt.

Die Angeschuldigten erklärten übereinstimmend, daß von Beulwitz den Schutz auf Köhler abzugeben habe, andererseits gaben aber auch Lampel und Schweininger zu, daß sie gemeinsam mit von Beulwitz gehandelt haben. Der Hauptbelastungszeuge blieb dabei, daß Lampel den Schutz abzugeben hat. Der vierte Angeschuldigte blieb bei seiner früheren Behauptung, daß Lampel ihm feinerzeit erklärt habe, er habe den Schutz gegen Köhler abzugeben. Er wird eine erneute Gegenüberstellung am Tatort erfolgen müssen. In einer schriftlichen Eingabe hat Lampel erklärt, daß er eine Haftentlassung gegen Kaution ablehne, wenn nicht auch die übrigen Angeschuldigten entlassen würden; wenn aber die von seinen Freunden gestellte Kaution für eine Haftentlassung nicht ausreichte, dann wünsche er, sie solle dem zugutekommen, der am meisten durch die Haft leide.

Anschlag auf die Gumbinner Regierung?

W.B. Tilsit, 14. Nov. (Tel.) Wie die „Tilf. Allg. Ztg.“ zu berichten weiß, ging der Regierung in Gumbinnen am Freitag voriger Woche ein anonymes Schreiben zu, in dem der Regierung mit einem Bombenanschlag gedroht wurde. Der Briefschreiber drohte, das ganze Regierungsgebäude in die Luft sprengen zu wollen. Es wurden sofort weitumfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen, die nach Gumbinnen führenden Straßen wurden durch Landjäger überwacht. Kriminalbeamte aus dem ganzen Regierungsbezirk sind zusammengezogen, die das Regierungsgebäude und seine Umgebung bewachen.

Alexander Joubloff, der Mittwoch abend von Trier kommend in Bonn eingetroffen war, wurde heute, Donnerstag, morgen von der Bonner Kriminalpolizei festgenommen. Er wurde sogleich einem Verhör unterzogen.

Die Regierungsbildung in Baden

Wie die maßgebenden Parteiblätter melden, sind die Verhandlungen, die gestern zwischen Zentrum, Sozialdemokratie, Deutscher Volkspartei und Demokraten zwecks Bildung der Großen Koalition geführt wurden, gescheitert! Und zwar ist es die Frage der Besetzung des Kultusministeriums gewesen, welche dieses Ereignis verschuldet hat. War es vor Jahren der personell zugehörige Streit um einen Staatsratsposten, welcher das Zustandekommen der Großen Koalition verhinderte, so ist es diesmal ein wesentlich wichtigerer, in den Sachen selbst begründeter Streitpunkt gewesen, der die Weimarer Koalition auseinandergeprengt hat.

Schon einmal hat man, als die Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition in Baden scheiterten und die Demokraten aus der Koalition ausstiegen, eine Regierungskoalition aus Zentrum und Sozialdemokratie gebildet und den Demokraten die Tür offengehalten. Diese Politik war damals von Erfolg gekrönt. Doch durften die Demokraten damals als Preis für ihre Mitarbeit das Kultusministerium besetzen. Es ist kein Geheimnis, daß die Zentrumstraktion auf Grund des für sie günstigen Wahlergebnisses das Kultusministerium für sich reklamiert. Und zwar geschah das mit einer Entschiedenheit, die ein Abweichen von dieser Forderung eigentlich von vornherein kaum erwarten ließ. Aus einer parteioffiziösen Verlautbarung des Zentrums ergibt sich, daß die Zentrumspartei in ihren Besprechungen mit der Deutschen Volkspartei auch die Frage aufgeworfen hat, ob die Deutsche Volkspartei unter Umständen bereit wäre, zusammen mit dem Zentrum in eine Rechtsregierung einzutreten. Das Ministerium, das man der Deutschen Volkspartei dann überlassen hätte, wäre das Justizministerium gewesen. Wenn die Meldungen der Presse richtig sind, hat die Deutsche Volkspartei oder ein Teil ihrer führenden Männer daran gedacht, auf solche Vorschläge einzugehen. Allem Anschein nach ist es dann die Haltung der Demokraten gewesen, welche die Deutsche Volkspartei in ihrer Gesamtheit zu einem ablehnenden Beschluß gebracht hat.

Deutsche Volkspartei und Demokraten hatten eine lose Arbeitsgemeinschaft hergestellt, mit dem Ziel, ein stärkeres Vertretung liberaler Politik im Landtag zu ermöglichen. Voraussetzung dafür war — vom liberalen Standpunkt aus gesehen —, daß das Kultusministerium nicht in die Hände des Zentrums übergeht. Auch die „Neue Badische Landeszeitung“ läßt in ihrem Leitartikel der heutigen Morgenausgabe erkennen, daß „einzelne Kräfte in der Deutschen Volkspartei für eine Kombination zu haben gewesen wären“, die in der Schaffung einer Rechtsregierung und in der Überlassung des Kultusministeriums an das Zentrum gegipfelt hätte.

Inzwischen waren aber Tatsachen bekannt geworden, welche den Versuch der Bildung der Großen Koalition als nicht ganz aussichtslos erscheinen ließen. Und weil dem so war, sind gestern die vier für eine solche Koalition in Betracht kommenden Parteien zu Verhandlungen zusammengetreten. Man wußte, daß sich vorher Deutsche Volkspartei und Demokraten untereinander auf eine ganz bestimmte Taktik geeinigt hatten. Wie sich bei den Verhandlungen herausstellte, bezog sich die Einigung auf folgenden Beschluß: Teilnahme an der Großen Koalition unter der Voraussetzung, daß das Kultusministerium bei den „liberalen Parteien“ verbleibt. Die Demokraten hatten sich bereit erklärt, das Amt der um ein Mandat stärkeren Nachbarpartei, der Deutschen Volkspartei, zu überlassen. Die Verhandlungen sind gescheitert, da sich die Voraussetzung nicht erfüllen ließ. Und wir stehen heute vor dem Ende der Weimarer Koalition, ohne daß heute schon die Hoffnung bestünde, sie in absehbarer Zeit wieder neu beleben zu können. Die Entwicklung der nächsten Zeit wird lehren, ob sich eine solche Hoffnung noch einmal rechtfertigen läßt oder nicht. Nach den Erklärungen demokratischer Blätter werden die Demokraten von heute an die Stellung einer Oppositionspartei beziehen.

In der Presse wird die Vermutung geäußert, daß nunmehr die Regierung von Zentrum und Sozialdemokratie gebildet wird. Die Mehrheit, die beide Parteien in der Kammer haben, würde 52 bei einer Gesamtziffer von 88 Abgeordneten betragen. Wenn die Sozialdemokratie ihrer-

Mit der Beilage: 1. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Badischer Teil

Badische Jugendherbergen und Wanderheime

Nach Kriegsende im Jahre 1918 erwuchs dem jungen Staate die ernste Pflicht, Geist und Körper unserer heilsich und gesundheitsfördernden Jugend neu zu stärken. Neben Turnen und Sport war das Wandern und das Jugendherbergswesen das Heilmittel, das unsere Jugend wieder mit Gesundheit und frischem Mut erfüllen sollte. Zu den ersten Ländern, welche diesen Gedanken bahnbrechend in die Wirklichkeit umsetzten, gehörte Baden. Trotz der schweren Hemmnisse der Nachkriegszeit (Wohnungsnot, Mangel an Nahrungsmitteln u. dgl.) hat der damalige Professor Prof. Dr. am Realgymnasium in Freiburg tatkräftig im Jahre 1919 das Jugendherbergswesen in die Hand genommen. Das badische Unterrichtsministerium zögerte nicht, bereits im Jahre 1920 zu diesem Zwecke vier Seminare (in Gengenbach, Laib, Meersburg und Willingen) zur Verfügung zu stellen und damit den Grundstein zu den badischen Jugendherbergen zu legen. Die in Baden bis zum Jahre 1909 zurückreichende Naturfreundebewegung folgte nach; zahlreiche badische Ortsgruppen schufen ein Netz von Wanderheimen für alle wanderfreudigen Volksschichten, um vor allem der Arbeiterklasse nach des Werttags Einleit in der Ferien- und Freizeit Raft und Erholung zu bieten. Auch die konfessionelle Wohltätigkeitserziehung außerhalb der Landes Jugendherbergen. Dank dieser Regsamkeit darf sich Baden heute rühmen, nicht weniger als 129 Jugendherbergen und Wanderheime zu besitzen, die als Stützpunkte für sommerliche Wanderungen oder für winterliche Skitourne dienen; hierzu kommen noch im heftigen Odenwald eins und im benachbarten Württemberg vier badische Naturfreundehäuser und Jugendherbergen.

Man darf dem Badischen Staatlichen Landesamt Dank wissen, daß es in seinem loeblichen veröffentlichten Werke über die „Kranken- und Wohlfahrtsanstalten in Baden“ neben den dort aufgeführten geschlossenen Anstalten mit Vollpflege auch die Jugendherbergen und Wanderheime statistisch miteinrechnet hat und durch übersichtliche tabellarische Angaben Einblick in dieses umfangreiche Tätigkeitsfeld zur Förderung der Wanderfreude gewährt. Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß in unserem Lande auf diesem Gebiete Vorbildliches geleistet wurde; und wenn auch hier und dort noch eine Lücke in dem Netz der Wanderheime klaffen sollte, so ist doch durch diese Einrichtung jedem wanderlustigen Jugendlichen und jedem Naturfreund, auch solchen mit weniger gutem Geldbeutel unter an Sebenswürdigkeiten der Kunst und Natur so reiches Land erschlossen.

Die Verschmelzung der landwirtschaftlichen Organisationen

Karlsruhe Sitz der Einheitsorganisation

Im Verlauf einer Tagung der Vorstände der Bauernvereine des Bezirks Oberlingen machte Generaldirektor Dr. Schwörer Mitteilungen über die Verschmelzung der landwirtschaftlichen Organisationen von denen folgendes bisher in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt war:

Vom 30. November an sind die Zentralen vereint. Die Verschmelzung vollzieht sich unter sehr günstigen Verhältnissen. Die Genossenschaft zerfällt dann in drei Institute. Grundprinzip der ganzen Verschmelzung ist Einsparung der Ausgaben. Die Ersparnis beträgt mindestens 70-80 000 RM. Die Verschmelzung bedeutet für uns gewiß ein Opfer, denn der Badische Bauernverein hat mit der Tradition brechen müssen. Der Sitz der neuen Einheitsorganisation ist Karlsruhe. Die Zentralgenossenschaft wird in Zukunft den Firmennamen „Badische Genossenschaftsbank (Bauernbank)“ führen.

Vorstandsitzung der Badischen Landwirtschaftskammer

Der neu gewählte Vorstand der Bad. Landwirtschaftskammer ist am 11. d. M. zum ersten Male zu einer Sitzung zusammengetreten, in der neben Fragen, die sich mit der Bildung der Landwirtschaftskammer und ihrer Ausschüsse beschäftigten, vor allem die Frage der Stellung der ländlichen Kreditgenossenschaften, die sich in einem heftigen Existenzkampf mit den ländlichen Sparkassen befinden, erörtert worden ist. Weiter nahm, wie mitgeteilt wird, der Vorstand den Bericht des Leiters der Verbindungsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates in Frankfurt über seinen Arbeitsplan entgegen. Aufgabe dieser Verbindungsstelle ist es, die Landwirtschaft über die Anforderungen des Handels und der Verbraucher zu informieren und die so notwendige Verbindung zwischen Landwirtschaft einerseits und Handel und Verbraucherschaft andererseits herzustellen.

Die Arbeiten am neuen Theatersankthaus in Mannheim sind soweit fortgeschritten, daß mit seiner Eröffnung in der ersten Dezemberhälfte gerechnet werden kann.

ander erstarben, gegenseitig das Fehlende ergänzen, sich erziehen, so daß die Möglichkeit eines normalen Bundes gegeben wäre. Aber diese Möglichkeit ist bei den beiden Wesenheiten doch so unklar fundiert, daß sich keinerlei sichere Hoffnungen darauf bauen lassen. So erhalten wir schließlich überhaupt keine Lösung. Es scheint dies auch gar nicht in Bruckners Absicht zu liegen. Er will nur sachlich darstellen, wie die Jugend ist, mit welchen Nöten sie zu kämpfen hat.

Es möchte fast scheinen, daß wir wieder zum Realismus, zum Naturalismus zurückkehren, wenn auch jetzt unsere Beobachtung des Menschen und seiner Umwelt nicht mehr nur eine Sammlung von Wahrnehmungen, Sinnesindrücken ist, sondern mit den Errungenschaften der Psychologie, Tiefenpsychologie arbeitet.

Darauf deutet auch die Realität der lose aneinander gereihten Einzelszenen mit dem unbedeutenden Fragezeichen am Schluß. Wenigstens möchte man daran denken, daß auch Bedeind aus der naturalistischen Epoche erwachsen ist. Was ihn von seiner Zeit trennt, was ihm den Charakter des Zukünftigen verleiht, war ja gerade die Darstellung des Triebhaften, die wir auch hier erleben. So bedeutet also Bruckner: Bedeind reditivus. An Stelle des naturalistischen ein dämlicher Realismus, worin auch konsequent die dramaturgische Entwicklung des 19. Jahrhunderts zum Kollektivhelden zu Ende geführt ist. Die Einzelglieder dieses Kollektivhelden zeigen besonders scharfe Konturen der Personenzeichnung. So fällt die Charakteristik der Frauenrollen auf, die überaus klar und deutlich gehalten ist. Hier offenbart sich das Kennzeichen der Sachlichkeitsepoche.

Ohne Einschränkung darf nach allem Gesagten für Bruckners „Krankheit der Jugend“ der Repräsentativcharakter des Zeittheaters beansprucht werden, auch in der leidenschaftlichen Einseitigkeit, mit der ein Einzelproblem aus seinem Mutterboden herausgerissen und in scharfes Beobachtungslicht gerückt wird. Prof. Dr. Karl Doll.

(Die Besprechung der weiteren Werke des „Zeittheaters“ wird jeweils vor der hiesigen Erstaufführung erfolgen.)

Aus der Landeshauptstadt

Das Jubiläum der Glühlampe. Die Lichttechnische Gesellschaft Karlsruhe wird diesen Freitag ihren 8. Jahrestag begehen und dabei das Goldene Jubiläum der elektrischen Glühlampe feiern. — Wir wissen zwar heute, daß die eigentliche technische Erfindung der elektrischen Glühlampe dem Deutschen Heinrich Goebel zu danken ist, der eine der heutigen sehr ähnliche Glühlampe schon vor 75 Jahren gebaut hat, wissen aber ebenso, daß die praktische und industrielle Grundlage für die elektrische Glühlampe im Jahre 1879, also vor 50 Jahren, Th. A. Edison gelegt hat. Das hat Anlaß zu Jubiläumssfeier auf der ganzen Welt gegeben. Die Festvorträge der Lichttechnischen Gesellschaft werden ganz diesem Jubiläum gewidmet sein.

Wohltätigkeitsveranstaltung der Bahnhofsmission. Die großen Aufgaben, vor welchen der wachsende Betrieb der Großstadt die Bahnhofsmission stellt, hat in deren leitenden Kreisen den Wunsch reifen lassen, durch eine Veranstaltung, die alle Mitarbeiter und Freunde dieses so wichtigen Liebeswerkes, ohne Unterschied der Konfession, heranzieht, die dringend nötigen Mittel zu schaffen zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Mission. Diese Veranstaltung wird in Form eines Bazar am 16. und 17. November 1929 in den Räumen der Handelskammer und der Museums-gesellschaft, Karlsruhe, Karlstraße 10, stattfinden. „Zwei Tage im Märchenlande“, lautet das Motto des Bazar, der eine bunte Unterhaltung und einen Verkauf von praktischen und schönen Sachen zu mäßigen Preisen bieten wird. Es darf erhofft werden, daß alle Kreise und Konfessionen, Vereine und Private, der Veranstaltung zu einem vollen Erfolg durch einen regen Besuch verhelfen werden. Das Ehrenkomitee für das Wohltätigkeitsfest bilden: Frau Staatspräsidentin Dr. Schmitt, Frau Reichsbahnpräsidentin Frau Frau v. Rübenach, Frau Oberbürgermeisterin Dr. Hinkel-Kräal D. Schmitt, Prälat Dr. Stumpf und Stadtrabbiner Dr. Schiff.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Mit dem Vorüberzug eines Randwirbels der nord-europäischen Zykloone ist nach der heftigen Auflockerung wieder trübes und kühles Wetter mit Regen eingetreten. Ein neuer Randwirbel ist bereits westlich von Frankreich auf dem Ozean erschienen und wird uns nach kurzer Zwischenauflockerung weitere Regenfälle und leichte Erwärmung bringen. Eine Abänderung des gegenwärtigen veränderlichen zykloonalen Wettercharakters steht bis auf weiteres nicht in Aussicht. Wetterausichten: Nach vorübergehender Auflockerung mit verbreiteten leichten Nachfröhen neue Trübung, Niederschläge und mildere.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Mannheim, 14. Nov. Der Mannheimer Polizei ist es gelungen, vor einigen Tagen am Hauptbahnhof einen internationalen Gemäldebuch, der in einem hiesigen Hotel übernachtet hatte, in dem Augenblick festzunehmen, als er in den Schnellzug nach Frankfurt einsteigen wollte. Es handelt sich um den in Röhre geborenen Bernhard Wiese, der im Sommer 1929 in Zürich in der Kunstgalerie der Züricher Hochschule zwei Kupferstiche im Wert von 20 000 Schweizer Franken entwendet und sie für 7000 Franken im August 1929 in Bern an einen Kunsthändler absetzte. Ferner steht er im Verdacht, in Madrid und in Leipzig ähnliche Diebstähle ausgeführt zu haben. In seinem Besitz wurden noch über 10 000 Franken vorgefunden. Weiter konnten in der ständigen Wohnung des Diebes noch eine größere Anzahl von Kupferstichen in Sicherheit gebracht werden.

D. Gernsbach, 18. Nov. Der freiwillig aus dem Leben geschiedene griechische Konsul Hans Kay entstammt einer alten berühmten Murgschiffersfamilie, die heute noch große Sägewerke besitzt, und am Schifferwald wohl den größten Anteil hat. Konsul Kay war an den großen Weberschen Obstplantagen in Baden-Baden, welche Firma in der letzten Zeit zusammenbrach, in erheblichem Umfange beteiligt. Er soll dadurch um mehrere hunderttausend Reichsmark geschädigt worden sein. Dieser große Verlust hat bei Konsul Kay einen völligen Nervenzusammenbruch verursacht. Dazu kamen noch die Schwierigkeiten der Bankkommandite Schmidt & Co. in Baden-Baden, was bei Kay ohne Zweifel den Entschluß reifen ließ, durch Selbstmord aus dem Leben zu scheiden. Kay, der seit geraumer Zeit seinen Wohnsitz von Gernsbach nach Baden-Baden verlegt hatte, genoh in der dortigen Gesellschaft großes Ansehen.

Maria Stuart

Seinem Klavierrepertoire hat das Schauspiel neuerdings wieder einmal diese Schillertragödie eingefügt. Dabei ist immerhin die fleißige und tüchtige Arbeit des Regisseurs Ulrich von der Trend zu loben, wenn sie auch in ihrer gedungenen Form keineswegs mehr dem Idealbild einer klassischen Aufführung entsprechen will. Ebenso wird trotz aller hinderlichen Veranlagung unserer Zeit doch die tolle Sachlichkeit der einen oder anderen Dekoration wohl kaum nach jedermanns Geschmack sein. Sogar bei den Kostümen ist es das gleiche: Zumal an der Kleidung Elisabeths, die an sich zweifellos kein Sakrifiz sein soll, wird mancher etwas aussetzen haben.

Die Darsteller selbst sind so gewählt, daß ihnen die geistige Bewältigung des dem einzelnen wie allen gestellten Problems ziemlich glücken könnte. Leider gerät aber vieles gar zu theatergemäß, und wenn man auch zugeben muß, daß im ganzen ausgezeichnete Ensemble gespielt wird, bleibt trotzdem der Gewinn recht gering. Schon die Charakterisierungslust Liselotte Schreiners reicht nicht aus, um ihre Darstellung der Maria Stuart in wirkliche Eigenheit übergehen zu lassen. Und ihre gefährliche Gegernerin, die Elisabeth Melanie Ermarchts, ist viel zu sparzaam und mit den einfachesen Mitteln der fable convenue ausgestattet, um sie als Spielball zwischen politischer Erwägung und gefühlsmäßiger Einstellung dramatisch bedeutsamer zu machen. Einer ähnlichen Reutralisierung ihrer eigentlichen Mission unterliegen auch deren drei staatliche Ratgeber: Paul Rudolf Schulze, Fritz Herz und Felix Raumbach. Der einzige Satz, der sich um eine Lösung des unglücklichen Schicksals Marias als wirklicher Bruder bemüht, bleibt Gerhard Just (Mortimer); doch gerade bei ihm bemerkt man sich der alte Satz, daß nur größte rhetorische Ausgenoheit sich Unterfangen vor parodistischer Mißhandlung schützen könnte. Immerhin, was er gibt, ist wenigstens männlich und anständig erdacht und deswegen nicht ungeeignet, den Gewinn der Aufführung doch positiv mitzubestimmen. S. Sch.

D. Säckingen, 12. Nov. Die neuerbohrte Thermalquelle auf der Schiffslande wird in den nächsten Tagen bezogen werden, so daß mit der Ausnutzung in Kürze zu rechnen ist.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. November		15. November	
	Weid	Brie	Weid	Brie
Amsterdam 100 G.	168.65	168.99	168.65	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	111.93	112.15	111.95	112.17
Italien . 100 L.	21.875	21.905	21.88	21.92
London . 1 Pf.	20.371	20.411	20.375	20.415
New York . 1 D.	4.1775	4.1855	4.1780	4.1860
Paris . 100 Fr.	16.445	16.485	16.45	16.49
Schweiz . 100 Fr.	80.97	81.13	80.965	81.125
Wien 100 Schilling	58.73	58.85	58.73	58.85
Prag . 100 Kr.	12.375	12.395	12.379	12.399

Weitere Kursrückgänge an den Auslandsbörsen. Die Baiffewelle an den internationalen Börsenplätzen ist nicht nur nicht zum Stillstand gekommen, sondern hat sich seit Beginn der neuen Woche weiter ausgedehnt. Der Beunruhigungsherd für die kontinentalen Plätze bleibt die anhaltende Fläue in Wallstreet. Der Dienstag war wiederum ein schwarzer Tag an der New-Yorker Börse. Die Zwangsliquidationen und die Verkäufe der auf die Baiffe spekulierenden Maffer führten zu einem erneuten Sturz vieler Hunderte von Wertpapieren. In drei Stunden wechselten über 6 Millionen Aktien die Besitzer. Die Börsen in London, Amsterdam, Paris und Brüssel haben scharf reagiert.

Vor neuen Diskontierungen? Die Belgische Nationalbank hat ihren Diskontsatz von 5 auf 4,5 Proz. ermäßigt, nachdem erst am 31. Juli eine Heraussetzung von 4 auf 5 Proz. erfolgt. Brüssel schloß sich also damit den kürzlich gleichlaufenden Beschüssen Londons, Berlins und Amsterdams an. Man spricht auch bereits von einer weiteren Herabsetzung des englischen Diskontsatzes um mindestens 0,5 Proz., zumal die englische Regierung eine große Konvertierungsanleihe auszugeben beabsichtigt, deren Unterbringung durch eine Diskontherabsetzung gefördert würde. Auch glaubt man, daß in Amerika nur eine Zinsverbilligungsaktion eine gewisse Hilfe gegenüber der scharfen Rückwärtsbewegung der Kurse verspricht. Was Deutschland anlangt, so wirft die Berliner Handels-gesellschaft in einer Besprechung der am Geldmarkt zum Durchbruch gekommenen Erleichterung die Frage auf, ob die Reichsbank nach dem Vorbild von New York nicht den Entschluß hätte fassen sollen, den Diskontsatz am 2. November um ein ganzes Prozent anstatt nur eines halben Prozentes zu senken. Welche Haltung die Deutsche Reichsbank für den Fall neuerlicher Diskontierungen in London und New York einnehmen würde, läßt sich allerdings noch nicht übersehen; denkbar wären jedoch sofortige Diskontherabsetzungsbeschlüsse in den nordischen Staaten, Österreich und Polen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Die abgeordneten Gemarkungen Biblis und Speyrer Grün.
Die zwischen den abgeordneten Gemarkungen Biblis und Speyrer Grün und den Gemeinden Hohenheim, Neilingen und Altkuhheim abgeschlossenen Vereinbarungen über die Vereinfachung
1. des nördlichen Teiles der abgeordneten Gemarkung Biblis mit der Stadtgemeinde Hohenheim; 56,14 ha
2. des südlichen Teils der abgeordneten Gemarkung Biblis mit der Gemeinde Neilingen 35,31 ha
auf 91,45 ha
3. des nördlichen Teiles der abgeordneten Gemarkung Speyrer Grün mit der Stadtgemeinde Hohenheim; 68,02 ha
4. des südlichen Teiles der abgeordneten Gemarkung Speyrer Grün mit der Gemeinde Altkuhheim 163,87 ha
auf 231,89 ha
wurden mit Wirkung vom 1. April 1929 staatlich genehmigt.
Karlsruhe, den 11. November 1929.
Der Minister des Innern:
K e m m e l e.

Bekanntmachung
Prüfung im Fußbeschlagn
Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Fußbeschlagn finden statt:
am Donnerstag, den 12. Dezember 1929, vorm. 8 Uhr, in der Fußbeschlagnschule in Karlsruhe,
am Samstag, den 14. Dezember 1929, vorm. 9 Uhr, in der Fußbeschlagnschule in Mannheim,
am Mittwoch, den 18. Dezember 1929, vorm. 1/2 9 Uhr, in der Fußbeschlagnschule in Weiskirchen,
am Freitag, den 20. Dezember 1929, vorm. 8 Uhr, in der Fußbeschlagnschule in Freiburg.
Karlsruhe, den 12. November 1929.
Der Minister des Innern:
K e m m e l e.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Verfetzt:
Verwaltungsinspektor Adolf Billinger beim Bezirksamt Karlsruhe zum Oberverwaltungsamt Karlsruhe.
Verwaltungsassistent Wilhelm Hummel vom Oberverwaltungsamt Karlsruhe zum Bezirksamt Karlsruhe.

Geschäftliches

Das I. Württembergische Haarbehandlungsinstitut Og. Schneider & Sohn, Stuttgart, Gymnasiumstr. 21a, bekannt in Karlsruhe durch seine jeden Monat abgehaltenen Beratungen über Haarbehandlung und Haarpflege, eröffnet in Karlsruhe am 15. November in der Reichsstr. 16, eine Treppe, Ecke Karlstraße, nahe Altbahnhof, eine Filiale zur Beratung bei allen vorkommenden Haartränkheiten oder Haarwuchsstörungen sowie Haarpflege mit dem Verkauf seiner altbewährten Haarpflegemittel. (Siehe Anzeige in heutiger Ausgabe.)

